



POSITIONSPAPIER des Landesverbandes Sozialpsychiatrie MV e.V. zur aktuellen Flüchtlingsdebatte

November 2016

Der Landesverband Sozialpsychiatrie M-V e.V. und seine 40 Mitgliedseinrichtungen sind in vielfältiger Weise bei der Unterstützung von Menschen mit psychischen, gerontopsychiatrischen und suchtspezifischen Erkrankungen tätig. Auch in diversen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten sind viele Mitarbeitende der Organisationen des LSP M-V e.V. bei der direkten und mittelbaren Unterstützung von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Land engagiert. Wir sind überzeugt, dass das Menschenrecht auf Asyl - gerade vor dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte - nicht angetastet und beschnitten werden darf!

Wir wertschätzen die Arbeit der vielen ehrenamtlich Tätigen im Land, aber auch die Arbeit der Behörden und Verwaltungen insbesondere auf kommunaler Ebene, um eine menschenwürdige Erstaufnahme und Unterkunft zu ermöglichen. Wir wissen, dass die Ehrenamtlichen, die Behörden bzw. ihre MitarbeiterInnen z.T. bis an die Grenzen ihrer Belastbarkeit beansprucht sind. Die Situation zeigt auf, welche wichtige gesellschaftliche Ressource die Zivilgesellschaft und das ehrenamtliche Engagement vieler BürgerInnen darstellt.

Gleichwohl braucht es u.E. nicht nur einer Willkommenskultur sondern auch einer nachhaltigen Strategie zu einer Bleibekultur. Denn die Menschen, die etwa aus Syrien, Afghanistan oder Eritrea kommen, werden vermutlich in absehbarer Zeit ihre Heimat nicht mehr zurückkehren können. Um die gesellschaftlichen Chancen, die für unser Land damit verbunden sind, tatsächlich nutzen zu können, kann eine solche Strategie nicht nur politisch verordnet werden. Sie muss vielmehr auch von der Bevölkerung aktiv getragen werden; denn eine Bleibekultur setzt voraus, dass Vorbehalte gegenüber Fremden – aber auch generell gegenüber Menschen, die anders sind (etwa Menschen mit Behinderungen, mit anderer Religion oder anderer sexueller Orientierung) - hinterfragt werden und kulturelle Missverständnisse bzw. daraus resultierende Enttäuschungen und Ängste nicht in Stereotypisierungen münden. Dieser Lernprozess ist immer allseitig. Wir müssen für ein gesellschaftliches Klima sorgen, in dem dieses gemeinsame Lernen voneinander als Chance und auch als Bereicherung für die Zukunft verstanden wird. Auch von den Menschen, die zu



uns kommen, dürfen Anpassungsprozesse erwartet werden. Dazu gehören z.B. das Lernen der deutschen Sprache und der Respekt vor der staatlichen Ordnung.

Wir sprechen uns aus für ein wirkliches Miteinander, für die echte Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund auf allen gesellschaftlichen Ebenen, um dieses gemeinsame Lernen miteinander zu befördern.

Wir unterstützen ausdrücklich die aktuellen Forderungen der Bundesärztekammer und der Bundespsychotherapeutenkammer nach Psychotherapie und Dolmetschern für psychisch kranke Flüchtlinge. Diese sieht das geänderte Asylrecht so aber nicht vor, darum muss dieses schnellstmöglich durch die Bundesregierung in anderer Form geregelt werden.

Wir möchten die Menschen im Lande ermutigen, sich mit ihren Vorschlägen, ihrer aktiven Hilfe aber auch mit sachlicher Kritik einzubringen. In erster Linie geht es hier um die Erreichung von angemessenen Standards in der Grundversorgung der bei uns Schutz suchenden Menschen. Mit großer Sorge nehmen wir jedoch wahr, dass Kritik an der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung zunehmend radikalisiert geäußert und durch rechtsradikale Kräfte instrumentalisiert wird. Damit wird die gesellschaftliche Stabilität, die in den vergangenen Jahren die verlässliche Basis rechtstaatlicher Ordnung und erfolgreicher Wirtschaftspolitik war, massiv gestört und gefährdet.

Um einer politischen Eskalation vorzubeugen, rufen wir die Entscheidungsträger auf allen politischen Ebenen auf, die Flüchtlingsthematik nicht fokussiert zu betrachten sondern in einen sozialpolitischen Kontext zu stellen. D.h. auch, die notwendigen Ressourcen im gesamten Bereich Gesundheit und Soziales, in Bildung und für eine aktive und nicht nur reagierende Einwanderungspolitik ausreichend zur Verfügung zu stellen und diesen gesellschaftlichen Bereichen die notwendige Bedeutung auch bei der angemessenen Finanzierung von Fachkräften u.a. beizumessen.

Die historischen Erfahrungen mit Migrationsprozessen zeigen auf, dass mit der Integration von Zuwanderern immer auch Verteilungskonflikte verbunden sind. Auch aktuell zeichnet sich ab, dass die Integration auf allen Ebenen auch jene mit tragen, die ohnehin sozial geschwächt sind: zum Beispiel Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit und nicht zuletzt auch Menschen mit Behinderungen.

Wir fordern die Entscheidungsträger dazu auf, die einzelnen Bevölkerungsgruppen nicht gegeneinander auszuspielen und so die sozialpolitischen Weichenstellungen der letzten Jahre („Fördern und Fordern“) neu zu überdenken, um eine Konkurrenz etwa um Wohnungen und Arbeit zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen zu entschärfen.

Wir fordern die Entscheidungsträger dazu auf anzuerkennen, dass Investitionen in die Sozialpolitik maßgeblich zu einem sozialen Frieden beitragen, der seinerseits die zwingende Voraussetzung dafür ist, dass die Integration von Zuwanderern nachhaltig gelingen kann. Wir stellen uns als Landesverband Sozialpsychiatrie Mecklenburg-Vorpommern e.V. klar und entschieden gegen jede Form von Rassismus und Diskriminierung! Wir fordern ein entschlossenes rechtsstaatliches Vorgehen gegen jene Kräfte, die aufkommende



Landesverband
Sozialpsychiatrie

Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Unsicherheiten und Unwissenheit dafür nutzen, um den gesellschaftlichen Frieden zu gefährden. Das dürfen wir nicht zulassen und werden für Vielfalt und ein tolerantes Miteinander aller Menschen, für Aufklärung und gegenseitigen Respekt in den verschiedenen Regionen unseres Bundeslandes eintreten.

Der Vorstand des Landesverbandes Sozialpsychiatrie Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Sandra Rieck, Wismar; Andreas Zobel, Güstrow; Christian Offermann, Stralsund; Heike Nitzke, Torgelow; Olaf Wähnke, Stralsund

Geschäftsführung

Dr. Andreas Speck

LSP